

# Vorwärts

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen.  
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhofs 202-207  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3  
Telefon: Dönhofs 202-207

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Gralshüter der Fürstenschätze.

## Deutschnationale proklamieren den Terror. — Auch in Berlin unzulässige Erschwerungen. — Die Berliner Demokraten dagegen fordern allgemeine Beteiligung am Volksbegehren.

Seit die Zentrumsfraktion ihren Aufruf gegen die Beteiligung am Volksbegehren veröffentlicht hat, sind die Monarchisten in allen Lagern „mutig“ geworden. Heute, als am Tage des Beginns der Einzeichnungen, finden sich in allen Blättern Berlins, die der Monarchie und ihrem Bestehen huldigen, feierliche Aufforderungen, doch ja den Eintragungsloteren fernzubleiben. Voran schreitet die sonst so langweilige „Nationalliberale Korrespondenz“, das einzige unbezweifelbare Organ der Stresemann-Partei. Sie erachtet es „für jeden Volksparteiler als selbstverständlich“, daß er sich an dem Volksbegehren nicht beteiligt. Die „Tägliche Rundschau“, die nur zu 30 Proz. der Volkspartei, zu den übrigen 70 Proz. aber den Deutschnationalen dient, sieht in dem Volksbegehren, das ein verfassungsmäßiges Recht des Volkes zur Geltung bringen will, bereits einen „Versuch, Recht und Gesetz beiseitezuschieben und der brutalen Gewalt den Weg frei zu machen“. In dem Augenblick, da das Volk auf verfassungsmäßige Weise sich wehrt gegen die schamlosen Raubzüge der entlaufenen und verjagten Landesväter, spricht das 70:30-Prozentblatt von einem „Versuch, Recht und Gesetz beiseite zu schieben“!

Es bedarf keines Hinweises darauf, daß auch Hugenberg und Westarp kommandieren: Nicht einzeichnen! Denn das zusammengeräubte, erschlichene und „ererbte“ Besitztum der Hohenzollern, der Bittelbacher, der Wettiner und der Cumberlander ist in Gefahr! Welch heiligere Aufgabe haben die Organe der Junker und der Schwerindustrie, als die kostbaren Schätze der Fürstenfamilien zu bewahren, nachdem das Eigentum der Kleinrentner, der Sparer und der Arbeiter durch die herrliche Inflation vernichtet worden ist?

Nach all diesen Ausrufungen scheint eine deutlich erkennbare Einheitsfront derer zu bestehen, die als Gralshüter für das „heilige Eigentum“ der Gottesgnadenleute auftreten. Jedoch ist die Einheitsfront sehr brüchig. Denn der angeblich einmütige Beschluß der Zentrumsfraktion ist, wenn man den Mitteilungen des „B. T.“ glauben darf, unter sehr eigenartigen Umständen zustande gekommen. Er hat nicht nur einen großen Teil der Zentrums wähler, sondern sogar eine stattliche Anzahl von Zentrumsabgeordneten überrascht. Denn da die Fraktion am Dienstagabend sich vorwiegend mit der Winternot beschäftigten wollte, hatte ein erheblicher Teil der Abgeordneten, die an dieser Frage nicht direkt interessiert waren, die Fraktionsführung bereits verlassen. Diese Abgeordneten hatten also gar nicht damit gerechnet, daß noch eine Stellungnahme zum Volksbegehren oder gegen das Volksbegehren beabsichtigt sei.

Aber, ob nun Abgeordnete durch Beschlüsse ihrer Fraktion überrascht werden oder nicht, so bleibt doch die Unzufriedenheit im Lande mit der zweideutigen Haltung der Fraktionen bestehen, und es ist gar kein Zweifel, daß sehr zahlreiche bisherige Anhänger sogar der Rechtsparteien allen Gegenaufrufen zum Trotz sich am Volksbegehren beteiligen werden. Charakteristisch für den Stimmungsumschlag ist die Haltung der Demokratischen Partei, die ursprünglich nichts vom Volksbegehren wissen wollte, heute aber sich, angesichts des Versagens der übrigen Parteien im Reichstag, langsam auf die neue Lage einstellt. Ihr Berliner Bezirksparteitag, der am Mittwoch im Herrenhause tagte, hat nach einer lebhaften Aussprache gegen wenige Stimmen folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Wahlkreisverband Berlin der Deutschen Demokratischen Partei erklärt den Kompromißantrag zur Fürstenabfindung in seiner vorliegenden Gestalt für unannehmbar, insbesondere deshalb, weil Berufsrichter ausschlaggebend mitwirken sollen. Sollte sich der ursprüngliche demokratische Antrag, der die Abfindung unter Ausschluß des Rechtsweges und auf Grund reichsgesetzlicher Richtlinien den Ländern überläßt, nicht durchsetzen lassen, dann ist die durch Volksbegehren und Volksentscheid geforderte sogenannte „entschädigungslose Enteignung“ vorzuziehen. Auf jeden Fall ist zunächst allgemeine Beteiligung am Volksbegehren zu empfehlen.“

Wir können zur Erläuterung dieses Beschlusses hinzufügen, daß auch bisher schon sehr zahlreiche Demokraten in Berlin und im Lande — trotz des abwartenden Verhaltens ihrer Partei — die Vorbereitungen zum Volksbegehren eifrig unterstützt haben. Die offene Aufforderung der demokratischen Parteileitung wird das tatsächlich bestehende Verlangen der demokratischen Wähler, den Fürstenraubzug abzuwehren, nur unterstreichen, nicht erst schaffen!

Inzwischen sehen die Deutschnationalen im Lande die Gefahr, die ihrem Parteidasein droht, indem zahlreiche vermehrte und durch den Aufwertungsbeitrag um ihr letztes gekommenen frühere Angehörige sich dem Volksbegehren anschließen wollen. Sie verkünden deshalb den offenen

Terror gegen diejenigen, die zu den Einzeichnungslisten gehen werden. In der „Potsdamer Tageszeitung“ z. B. prangt am Mittwoch folgendes Inserat:

Achtung!

Vom 4. bis 17. März liegen ullenhalben die Listen zur Einzeichnung für das sozialdemokratische und kommunistische Volksbegehren zur Enteignung der Privatvermögen aus.

Wer seinen Namen einträgt, macht sich mitschuldig an diesem Raubzuge und fördert nur die politischen Ziele der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei.

Die Kreis- und Ortsgruppen des Landesverbandes Potsdam I der D. R. P. werden gebeten, an den Einzeichnungsstellen während der Einzeichnungstagen Auskunftsstellen aufzustellen, die etwaige Unwissende oder Unschlüssige über den wahren Zweck des Volksbegehrens aufzuklären vermögen.

Landesverband Potsdam I D. R. P.  
Dr. Averdunk, 1. Vorsitzender.

Die Aufforderung, Vertrauensleute „zur Auskunfterteilung“ in die Einzeichnungsloteren zu senden, bedeutet nichts anderes als eine Hebermahlung, die nach dem Gesetz nicht zulässig ist. Wäre das anders, so würden auch die Sozialdemokraten solche Hebermahlung einrichten und jeden notieren, der durch Nichtbeteiligung befundet, daß er zu den Fürstentnechten mehr Beziehungen hat als zu den Volksrechten! Das könnte dann einen angenehmen Wettstreit in der Behandlung der einzelnen Wähler ergeben. Wir betonen aber, daß die Sozialdemokratie nur durch die Kraft der Gründe, nicht durch wirtschaftlichen oder politischen Druck für das Volksbegehren wirbt. Diejenigen, die den politischen Terror und die Spitzerei proklamieren, sind die Deutschnationalen, wie ihr Aufruf aus Potsdam beweist.

Nun werden dem Volksbegehren auch noch von anderer Seite Schwierigkeiten gemacht, die überflüssig erscheinen. So wird aus der Umgegend von Berlin berichtet, daß Gemeindevorsteher die tägliche Eintragungssfrist nur auf zwei Stunden festgesetzt haben, wobei unberücksichtigt bleibt, daß kein Arbeiter in diesen Stunden (9—11 Uhr vormittags) Zeit hat, wenn er nicht die Arbeit und damit den Lohn versäumen will.

Auch in Berlin selbst hat der — deutschnationale — Dezernent für das Hauptwahlamt, Stadtrat Dr. Richter, Anordnungen getroffen, die geeignet sind, den Eintragungsakt zu erschweren. Der Reichsminister des Innern hat in einer Verordnung vom 27. Februar 1926 bestimmt, daß in Gemeinden über 20 000 Einwohnern (wozu doch auch Berlin gehören dürfte) die Prüfung der Eintragungsberechtigung (Wahlberechtigung) der einzelnen Personen nicht sofort erfolgen muß, sondern später nachgeholt werden kann. Diese Bestimmung ist zu dem Zwecke der Erleichterung erlassen, damit bei größerem Andrang keine unnötige Stokung der Eintragungsmöglichkeiten vorkommt. Der Stadtrat Dr. Richter aber hat die Bezirksämter angewiesen, von dieser Erleichterung keinen Gebrauch zu machen, sondern die Berechtigungsprüfung sofort vorzunehmen.

Weiter hat der Reichsinnenminister unter Hinweis darauf, daß nach dem Gesetz Parteienvertreter bei der Eintragung nicht anwesend sein dürfen, erklärt, daß keine Bedenken dagegen bestehen, daß Beauftragten der Parteien auf Wunsch allgemeine Auskünfte über den Fortgang der Eintragungen gegeben werden. Der deutschnationale Stadtrat hat aber den Bezirksämtern die Anweisung erteilt, solche Auskünfte nicht zu geben.

Das kommt einer beabsichtigten Erschwerung verzweifelt ähnlich. Denn welchen Zweck soll die Verweigerung der Auskunft über die Zahl der Eintra-

gungen haben, wenn nicht den, die Arbeit für eine größtmögliche Beteiligung nach Kräften zu verhindern?

Wir erwarten, daß wenigstens die Großstadt Berlin den Gemeinden im Reich mit gutem Beispiel vorangeht, und hoffen, daß die Anweisung des deutschnationalen Stadtrats (schematisch rektifiziert) wird!

Alle die Gegenmienen, die heimlich und offen gegen das Volksbegehren gelegt wurden, werden jedoch nur die Wirkung haben, die Empörung über das Treiben der monarchistischen Reaktion zu steigern und die Zahl der Eintragungen lawinenartig anschwellen zu lassen!

### Das Volksbegehren wirkt.

#### Ein Vorschlag, die Selbststeinschätzung zum Wehrbeitrag zur Grundlage zu nehmen.

Köln, 4. März. (Rth.) In einer Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“ wird angeregt, in der Frage der Fürstenabfindung die Selbststeinschätzung der Fürsten anlässlich der Erhebung des Wehrbeitrages im Winter 1913/14 zur Grundlage der Abfindung zu machen. Die Unterlagen der betreffenden Selbststeinschätzungen der fürstlichen Vermögen, ebenso die Nachweisungen über die daraufhin bezahlten Steuerbeträge müssen sich im Besitz des Reichsschatzamt befinden. Es würden also daraufhin die Abfindungsbeträge vielleicht auf Grund einer Aufwertung von 15 bis 25 Proz. leicht festzustellen sein. „Da nicht anzunehmen ist“, meint die Zuschrift, „daß die Fürsten damals eine irrtümliche Selbststeinschätzung abgegeben haben, könnte auch jetzt kein Unrecht daraus entstehen. Eine Vermehrung des Vermögens gegenüber dem Zeitpunkt der Wehrbeitrageinschätzung, also der Zeit kurz vor Ausbruch des Krieges, ist wohl auch nicht anzunehmen. Andernfalls könnte man ja als Stichtag für die Abfindung den Goldmarkwert oder die Mehrzahl der Vermögensschätzungen zur Zeit des Notopfers zugrundelegen.“ Die Zuschrift schließt: „Jedenfalls würde ein solcher Rückgriff auf die frühere Selbststeinschätzung, gleichviel, ob diejenige für den Wehrbeitrag oder für das Notopfer, die Vermögensfeststellung wesentlich erleichtern und auch dem Streit darüber, was als Staatsvermögen und was als Privatvermögen anzusehen ist, ein Ende machen.“

### Die Bauern fordern die Enteignung.

Auch in Bayern.

In der Vertrauensmännerversammlung der Bayerischen Bauern- und Mittelstandspartei im Bezirke Cham (Bayern) wurde fast einstimmig beschlossen, für die restlose Enteignung der Fürsten einzutreten, da der Kleinbauer, Pächter, Arbeiter und Kleinbürger ebenfalls sein Geld verloren hat. Die Kleinbürgerlichen Schichten in der Oberpfalz und Ober- und Niederbayern werden in großen Massen für die Fürstenenteignung stimmen und über die Führer einfach hinweggehen, soweit diese die Kleinbauern und Kleinbürger abbringen möchten. Wenn die Abstimmung geheim wäre, dann würde der Erfolg noch viel größer sein, da durch die öffentliche Liste viele Kleinbürger geschädigte Verluste fürchten, wenn sie gegen die Fürsten stimmen. Beim Volksentscheid wird noch ein größerer Erfolg kommen. Kein Mensch mag die Fürsten in Bayern, wenn auch die bestochene bürgerliche Zeitungsbande alle Tage für die Fürsten zum größten Teil eintritt. Die Bauernrevolution von 1525 wird in allen Bauernversammlungen diskutiert und der bayerische Herzog, Adolf IV., der größte Bauernschächter 1525, ist ein großartiges Agitationsmittel in den Landversammlungen. Die Sache des Volksbegehrens steht gut und der Volksentscheid wird noch besser in Bayern.

### Keine Fälscherdebatte in Paris.

Aber Drohung mit weiteren Konsequenzen.

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer hat Briand am Mittwochabend die sofortige Beantwortung der sozialistischen Interpellation über die ungarischen Frankenfälschungen mit der Begründung abgelehnt, daß das französische Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Das französische Parlament, so führte Briand aus, habe nicht das Recht, sich zu Richtern über ein anderes Volk aufzuwerfen, und er müsse es deshalb ablehnen; den französischen Vertretern in Genf die von der Interpellation verlangte Instruktion zu geben, sich nicht mit den Vertretern der ungarischen Regierung an einen Tisch zu setzen. Die französische Regierung habe in Budapest volle Aufklärung gefordert und durchgeführt, daß alle Schuldigen gerichtlich verfolgt werden. Sobald das gerichtliche Verfahren abgeschlossen sei, behalte sich die französische Regierung im Einvernehmen mit der Tschechoslowakei und Südbanien vor, aus der unerhörten Affäre alle im Interesse Frankreichs gelegenen Konsequenzen zu ziehen.

## Noch heute bis 8 Uhr

kannst Du Dich zum Volksbegehren eintragen. Die richtige Stelle, wo Du hingehörst, nennt Dir die nächste Anschlagtafel bei Deiner Wohnung.

Verlaß nicht, eine Legitimation mitzunehmen!

### Verchiebe nicht auf morgen, was Du schon heute tun kannst!



## Am Vorabend des Völkerbundeintritts.

### Die deutsche Delegation für Genf. — Abreise Freitag abend

Die deutsche Delegation für die Völkerbundtagung wird sich am Freitag abend mit dem jahrplanmäßigen Baseler Zuge nach Genf begeben.

Die Delegation besteht aus dem Reichskanzler Dr. Cuhler, dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann, dem Staatssekretär von Schubert, Staatssekretär Kempner, Reichspresseschef Dr. Aep und Ministerialdirektor Dr. Gaus und Gehelmt v. Bülow.

### Englisch-französische Regierungspläne.

Genf, 4. März. (T.) Von englischer Seite erhält man folgende Darstellung der gegenwärtigen Verhandlungen über die Erweiterung des Rates. In den letzten Tagen, während der Anwesenheit des Generalkommissars des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, in London, haben rege Verhandlungen zwischen der englischen und französischen Regierung stattgefunden, die zurzeit noch fortbauern, wenn auch im wesentlichen eine Einigung auf folgender Basis bereits erfolgt sein soll:

Zu Beginn der Märztagung wird die Vollversammlung des Völkerbundes Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund beschließen und der Völkerbundsrat Deutschland zum ständigen Ratsmitglied wählen. Hierauf wird der Rat unter Deutschlands Teilnahme über die Frage der Vermehrung der nichtständigen Ratsmitglieder einen Beschluß fassen, wobei, wie verlautet, auch Schweden für die Erweiterung des Rates stimmen werde, falls Deutschland seine Bedenken zurückziehen sollte. An einem der nächsten Tage würde dann Polen von der Vollversammlung zum nichtständigen Ratsmitglied gewählt werden. Die Kandidaturen Spaniens und Brasiliens auf ständige Ratsmitglieder sollen auf den Herbst verschoben und von einer besonderen Kommission vorher geprüft werden, die der Rat in seiner Herbsttagung ernennen würde.

Sollten sich diese Ereignisse tatsächlich so abspielen, wie hier geschildert, so würde die letzte Entscheidung in Deutschlands Händen liegen. Der englisch-französische Plan bezweckt offenbar den Vorwurf der Inaktivität, der von deutscher Seite gegen eine Erweiterung des Rates vor Deutschlands Wahl zum ständigen Ratsmitglied erhoben wurde, zu entkräften.

### Last das Mißtrauen gegen Deutschland!

Brüssel, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammerdebatte über den Völkerbundsvertrag sprach nach Vanderschuerde der katholisch-konservative Ergaumenminister Jaspars, allerdings verhältnismäßig mäßig, zugunsten Polens und richtete wie gewöhnlich einige Seitenhiebe gegen Deutschland. Darauf antwortete der sozialistische Ergaumenminister Destree in vielbemerkter Rede, weil er als stark nationalgefingener Wallone sich scharf gegen die deutschfeindliche nationalistische Hege in Belgien und allen Völkern wandte. Es sei nicht Deutschlands Schuld, daß die gefährliche internationale Presse-Kampagne über die Ratsfrage wüte. Aber es sei illogisch, ein Gegengewicht zu Deutschlands Eintritt schaffen zu wollen, und schließlich, im Völkerbund Gleichgewichtsrücksichten einzuführen. Es gäbe hier nur ein Entweder-Oder. Wenn man schon Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund einlade, müsse man es nicht nur als gleichwertig, sondern auch ohne jedes Mißtrauen behandeln. Destree verlangte ebenfalls freie Hand für Vanderschuerde in Genf in der Heberzeugung, daß im Geiste Lokalismus eine Verständigung zustande komme.

### Einigung im britischen Kabinett.

London, 4. März. (B.T.) Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge verlautete nach der gestrigen Kabinettsitzung in gutunterrichteten Kreisen, daß jetzt ein vollkommenes Einverständnis zwischen Chamberlain und seinen Kollegen herrsche. Die Regierung als Ganzes unterstütze die bedingungslose Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, und es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß Chamberlain in geringstem Konflikt mit seinen Kollegen über diesen Punkt sei.

Was die geforderte Erweiterung des Völkerbundsrates durch Gewährung von Sitzen an Polen und andere Mächte betreffe, so welche das Kabinett nicht von der Ansicht Chamberlains ab, daß dies eine Frage sei, die vom Völkerbund zu einem späteren Zeitpunkt behandelt werden müsse, Chamberlain habe, wie verlautet, „freie Hand“ gefordert, damit er nicht so vollkommen an eine bestimmte Politik gebunden sei, daß ihm nichts mehr zum Handeln übrigbleiben würde. Allgemein gesprochen sei die Ansicht der Anhänger der Regierung jetzt die, daß die gesamte Lage nunmehr ein günstiges Gesicht bekommen habe und die Schwierigkeiten beseitigt worden seien.

### Mussolini will sich am Völkerbund nochmals die Finger verbrennen.

Rom, 4. März. Der „Impero“ sucht in einem längeren Artikel zu zeigen, daß das Räderpiel von Genf, nämlich der Völkerbund, unfähig sei, wichtige Fragen zu lösen. Wenn Italien in Genf vertreten sei, so hätte das folgenden Grund: Der Faschismus sei in Genf aus Pflichtgefühl vertreten und weil es nützlich sei, bei den internationalen Streitigkeiten gegenwärtig zu sein. Der Glaube Italiens an den Völkerbund sei nur gering, und es hätte das Bestreben, soviel Ruhe und Ansehen aus ihm zu ziehen als irgend möglich. Sollte der Völkerbund aber eines Tages zerfallen, Italien die Flügel zu beschneiden, so werde Italien genau so rücksichtslos vorgehen wie seinerzeit in der Korfuangelegenheit (und dieselbe Schlappe erleiden! Die Red.).

### Ein deutscher Protest in Warschau.

#### Wegen die polnische Pressehege.

Amlich wird gemeldet: Der deutsche Gesandte in Warschau hat am 1. dieses Monats im Auftrag der Reichsregierung dem polnischen Ministerpräsidenten eine Note überreicht, in welcher gegen die lägevolle polnische Pressekampagne, wie sie sich aus Anlaß der letzten Deutschen-Verhaftungen in Polnisch-Oberschlesien, insbesondere auch gegen das deutsche Generalkonsulat in Katowitz gerichtet hat und andauernd richtet, scharfster Einspruch eingelegt wird.

In der Note wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß trotz der auf entsprechend ernste Vorstellungen des deutschen Generalkonsuls erfolgten Versprechungen des katowitzer Wojewoden Abhilfe nicht geschaffen wurde, und daß jener weiter den Pressenangriffen, die ihm in dürren Worten Spionageaktivität vorwerfen, ausgeht. Es ist in der Note auch ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Ortsbehörden sehr wohl in der Lage waren, diesen allen internationalen Gepflogenheiten widersprechenden Ton der Presse zu mäßigen, seien doch gleichzeitig mehrfach deutschsprachige Zeitungen wegen Auslassungen beschlagnahmt worden, die an dem Vorgehen der polnischen Polizei Kritik übten.

## Beginn des Volksbegehrens.

### Die ersten Stunden der Einzeichnungen.

Um 1 Uhr mittags wurden heute in allen Bezirken Berlins die Lokale geöffnet, in denen die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren ausliegen. Bis zum Schluß unserer Abendausgabe lagen uns folgende Meldungen über die erste Stunde der Einzeichnung vor:

**Norden, Flugstraße 12.** Punkt 1 Uhr schon trafen verschiedene Wähler ein, darunter mehrere Frauen, die sich eintrugen. In dem Bezirk Wedding fehlte am heutigen Tage leider an den Plafafäulen die Bekanntmachung über die einzelnen Einzeichnungslotale, was viele unnütze Lauferei hervorrief. So erschien auch in diesem Lokal ein Eintrager, der zu einem anderen Bezirk gehörte.

**Hansaviertel.** In der Schulaula der Bochumer Straße, wo Bewohner des neuen Hansaviertels und von Roabit ihre Einzeichnungen vornehmen, ist die Anfangsbeteiligung verhältnismäßig schwach. Das erklärt sich daraus, daß ein großer Teil derjenigen, für die diese Schule zuständig ist, weit entfernt von ihrer Wohnung ihre Beschäftigung haben. Viele kommen erst spät abends von ihrer Arbeit zurück, und es ist mit aller Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß der Andrang an diesen Stellen am Sonntag zu erwarten ist.

**Wilhelmstraße.** In der Turnhalle der 27. und 44. Gemeindegasse, Wilhelmstr. 117, hat man das Einzeichnungslotal für die Wahlberechtigten des 6. Bezirks eingerichtet. Kurz nach 1 Uhr kamen die ersten Bürger, die ihr Votum gegen die Expressforderungen der Fürsten abgeben wollten und sich in die Listen des Volksbegehrens einzeichneten. Ueberaus befreudlich wirkte es, daß nicht die geringste Orientierung für die Einzeichnungsbegehrenden vorhanden war. Die recht abseits gelegene Turnhalle muß man sich durch verschiedene Gänge erst selbst aussuchen. Es scheint notwendig, daß das Bezirksamt Kreuzberg für Kennzeichnung der Einzeichnungslotale auch nach außen hin sorgt.

**Kreuzberg.** In der Turnhalle der 100.—102. Gemeindegasse in der Reichensberger Straße (Kreis Kreuzberg), wo die Listen für die Stadtbezirke 110, 112a, b und 113a, b zur Eintragung ausliegen, begann der Eintragungslauf gegen 1/2 Uhr. Schon gegen 1 Uhr hatten sich zahlreiche Eintragungsberechtigte eingefunden. Im Augenblick ist die Turnhalle von etwa 200 Personen besetzt.

**Halensee.** Schulhof der 3. Gemeindegasse in der Joachim-Friedrich-Straße. Freilich, vornehmes Publikum, typische Westler sieht man nicht unter denen, die in republikanischer Pflichterfüllung die ersten sein wollen. Es wird einem nicht leicht gemacht: Kein Schild, keine Tafelanschrift, kein Plakat weist nach dem Ort der Eintragung; die Turnhalle, die dafür bestimmt ist, wird bis 1 Uhr von einer Mädchenklasse benutzt und das Entgegenkommen, das einem amtschlechts hier gezeigt wird, ist auch nicht gerade übermäßig groß. Aber man wird sich unter dem Zwange der Notwendigkeit rasch einarbeiten, denn im Ru drängt sich alles an den Tischen. Männer mit Aktenmappen, Frauen mit der Einkaufstasche am Arm, sie alle sind gekommen, um dem Fürstenraub zu wehren.

**In Neukölln** liegen die Eintragslisten in acht — meist Schulen — Stellen aus. An den Anschlagtafeln ist überflüssig, und für jeden leicht zu finden, die Verteilung auf die Lokale angegeben. Schon in den ersten 10 Minuten waren in einem kleinen Lokal eine große Anzahl von Eintragungen vorgenommen. Allen voran sind die Arbeitslosen auf dem Posten, die mit ihren Frauen die Einzeichnung vornehmen.

**In Steglitz** drängt man sich vor den Wahlplakaten. Im Rathaus würden schon in der ersten Viertelstunde zehntausend Stimmen abgegeben, ein Zeichen dafür, daß die Steglitzer Arbeiterschaft, die jeden neu Ankommenden mit Hurra begrüßt, auf ihrem Posten gewesen ist.

**In Zehlendorf** befindet sich das Eintragungslotal in der Anhaltstraße. Mehrere von unseren Parteigenossen waren die ersten, die sich um 1 Uhr eingefunden hatten und die Eintragsnamen vornahmen.

### Mord und Selbstmord vor dem Scheidungstermin.

Eine Ehekrise erregte heute morgen in dem Hause Teltower Straße 21 großes Aufsehen. Dort hatte der 60 Jahre alte Schneidermeister Otto Sedelle mit seiner 13 Jahre jüngeren Ehefrau im zweiten Stock eine Sechszimmerwohnung inne, von der er einige Zimmer vermietet hatte. Das Ehepaar lebte in guten Verhältnissen, war aber seit geraumer Zeit in Zwist, der zur Scheidungsklage geführt hatte. Heute sollte ein Termin stattfinden. Die gemeinsame Wohnung hatten die Eheleute beibehalten, weil es schwierig oder unmöglich war, für den einen oder den anderen Teil eine neue Wohnung zu finden. Als Frau Sedelle heute morgen um 8 Uhr ihr Schlafzimmer verließ, stand ihr Mann mit erhobener Pistole auf dem Fuß und gab sofort einen Schuß auf sie ab. Die Kugel drang ihr in den Hals und trat am Wirbel wieder heraus. Als die Untermieter herbeieilten, fanden sie die Frau schwer verletzt am Boden liegend vor. Sie riefen die Polizei, die die Schwerverletzte nach dem Urbankrankenhaus brachte. Sedelle begab sich unterdessen in sein Zimmer zurück und schoß sich eine Kugel ins Herz. Als die Beamten des 103. Reviers ihn auffanden, war er ebenfalls schon tot.

### Ein Waffensfund.

Auf dem Grundstück eines Berliner Fabrikanten Erdmann, im Hause Adalbertstraße 30, machten Angehörige eines Reinigungsinstitutes bei ihrer Arbeit die Entdeckung, daß in einem Nebenraum eine Anzahl Gewehre lagerten. Die von dem Fund benachrichtigte Polizei erschien sofort und beschlagnahmte 26 Gewehre, die in dem Raum untergebracht waren, und einige dazu gehörende Munition. Der Fabrikbesitzer erklärte, es handle sich um Waffen der früheren Einwohnerversicherung, die dort seit 1922 lagen und damals vergessen worden seien. Die verschlossene Kammer, in der sie untergebracht worden waren, wurde nicht benutzt, und die Gewehre waren verstaubt. Die noch schwebenden Ermittlungen werden hoffentlich die nötige Aufklärung bringen. Herr Erdmann soll einer rechtsstehenden Partei angehören.

### Sturm über Berlin.

Der in den heutigen Morgenstunden über Berlin hinwegrasende orkanartige Sturm hat in verschiedenen Stadtteilen Verheerungen angerichtet. Verschiedene Personen wurden durch herabstürzende Ziegel oder Baumstücke verletzt. Ein besonders schwerer Fall ereignete sich in der Klazienstraße in Halensee. Durch den Sturm wurde eine Glasplatte aus einem Balkonsfenster gedrückt und auf die Straße hinabgeschleudert. Ein vorübergehender Passant, der 28 Jahre alte Referendar Dr. Th. aus der Friedrichsruher Straße 17, wurde von der Scheibe an der Wade getroffen, so daß Sehnen und Muskeln durchschnitten wurden. Schwer verletzt wurde er nach der nächsten Rettungsstelle und von dort nach dem Schöneberger Krankenhaus transportiert.

### Reichsbanner-Trommlerkorps auf dem Volksfest

Bei den letzten Veranstaltungen des Reichsbanners hat das große Trommler- und Pfeiferkorps, das sich aus dem Korps der einzelnen Stadtabteilungen des Reichsbanners zusammensetzt, wegen seiner glänzenden Darbietungen stets großes Auf-

sehen erregt. Bei dem großen Republikanischen Volksfest, das am kommenden Sonnabend und Sonntag in der neuen Autohalle am Kaiserdamm stattfindet, wird dieses große Trommler- und Pfeiferkorps durch Spielen einiger Märsche mitwirken. An dem Volksfest werden übrigens auch eine große Anzahl parlamentarischer der republikanischen Parteien teilnehmen. Die Autohalle wird so hergerichtet, daß sowohl für Tanz als auch für sonstige Unterhaltungen die beste Gelegenheit geboten ist. Entsprechend dem Charakter des Volksfestes sind auch sämtliche Preise einschließlich des Eintrittspreises, der nur 60 Pf. beträgt, so festgesetzt, daß wirklich alle Kreise der Bevölkerung die Veranstaltung besuchen können. Am Sonntag nachmittags in der Zeit von 4—6 Uhr haben außerdem Erwachsene ein Kind frei.

### Volk gegen Fürstenbegehren.

Die Argumente für das Volksbegehren und für den Volksentscheid sind so zahlreich, daß jeder Referent in seinen Verammlungen immer neues Material vorbringen kann, um die Notwendigkeit der entscheidungslosen Entzignung zu beweisen. Auch Ministerpräsident Genosse Stellung, der in Karlsruhe in einer überfüllten Versammlung sprach, brachte eine Reihe neuer Tatsachen. Er wies z. B. darauf hin, daß die Fürsten nichts unversucht lassen, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Der Herzog von Koburg-Gotha hat ein Bureau gegründet, das er mit der Durchführung seiner Forderungen beauftragt hat. Die Wettiner, die Sachsen mit ihrer Herrschaft beglückt hatten, haben einen einseitigen Familienverein ins Leben gerufen, der die Ansprüche bis ins kleinste gehend aufgestellt hat. Er verlangt u. a. sogar ein Nachgelchirr. Es gibt heute neunzehn Fürstenfamilien, die Militärenten beziehen. Der größte Teil der Fürstentümer ist nicht in Deutschland, sondern im Ausland angelegt, sei es in Gütern, sei es in barem Gelde. Der Kaiser Herr bemüht sich, als Beweis für seine Vermögenslosigkeit, um den Ankauf der Herrschaft Sagan. Und man sehe man, wie es der großen Masse der Bevölkerung geht, und dann muß jeder vorurteilslos Denkende dazu kommen, sich in die Listen des Volkseides einzutragen.

Im Bezirk Prenzlauer Berg sprach Genosse Staatssekretär Heinrich Schulz. Immer mehr merkt man, wie intensiv diesmal die stimmfähige Jugend sich für den Volksentscheid einsetzt. Sie fühlt, wie die Milliardenforderungen ihre Zukunft unmittelbar bedrohen als die Programme der Rechten. Andererseits ist vielen Älteren die Sache zu schmerzhaft. Die Fürsten sind die Volkseide nicht wert. Wenn einer, der die Macht hat, mit anderer Rot spekuliert, so ist das eine Schweinerei. Wenn aber einer aus verfaulter Gewohnheit sich die Verfügung über das Blut anderer anmaßt, so ist das so schamlos, daß anständige Menschen sich abwenden. Aber auch ihnen muß klar sein, daß diese Fürstengesellschaft nur mit der reinen Gesinnung rechnet, um ihre Beutel füllen zu können. Deshalb muß alles aufgegeben werden. Die von unsern Kennern und Arbeitslosen besuchte Versammlung dankte dem Redner für seine kräftigen Worte.

Die Spandauer Sozialdemokraten hatten gestern ihren Ehrentag. Nach einem gewaltigen Fackelzug durch die Stadt, an dem sich Tausende und aber Tausende beteiligten, ging es unter dem Jubel der Bevölkerung, die in dichten Massen die Straßen umfüllte, unter Vorantritt mehrerer Trommlerkorps, mit roten und schwarzroten Fahnen in die große Jubiläumshalle in der Ede Moritz- und Rottkestraße. In kürzester Frist war der große Raum von etwa 2000 Personen bis in die hintersten Winkel gefüllt. Tausende fanden keinen Einlaß mehr. Auf dem Bodum hatten die Arbeiterjugend sowie Abordnungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Stellung genommen. Ein großes Plakat mit der Forderung „Keinen Pfennig den Fürsten“ veränderte den Zweck dieses Demonstrationsabends. Zu den bis ins Innerste empörten Massen, die ihrer Erregung immer wieder durch stürmische Jurusausbrüche gaben, sprach Reichstagsabgeordneter Minister a. D. Genosse Solmann, der die grenzenlose Unverschämtheit des fürstlichen Kavaliersstutums unter die Lupe nahm. Genosse Solmann behandelte auch die Bridericus-Reg-Legende und betonte, daß dieser Fürst, der für Frankreichs Kultur schwärmte und nur gebrochen deutsch sprach, alles andere als der Kronzeuge unserer Väter sein könne. Wie geringfügig er über die Fürsten aus seinem Familienhaufe dachte, ist ja bekannt. Von Friedrich I. sagte er in seinen Schriften, daß er „einer der übelsten und blödsinnigsten Herren“ gewesen wäre.

Auch in Buch fand eine Kundgebung für die Fürstenentzignung statt; sie war sehr gut besucht und ist als voller Erfolg für die Partei zu bezeichnen. Referent war Genosse Stadterordneter Rohde, der im besonderen das Thema vom sozialen Standpunkt aus behandelte. Seine Ausführungen wurden häufig durch Beifall unterbrochen und die Versammlung mit begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratische Partei als Trägerin des Volkswillens geschlossen.

**Mißglückter Raubüberfall auf einen Droschkenhauter.** In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr wurde in der Lennestraße der 55 Jahre alte Droschkenhauter Wilhelm Liesen aus Rosenhal von einem Fahrgast angefallen. Er stand mit seinem Wagen an der Haltestelle in der Reustädtischen Kirchstraße und wartete auf Fahrgäste. Gegen 1 Uhr kam ein junger Mann und nahm ihn zu einer Fahrt nach dem Potsdamer Bahnhof an. Als der Wagen durch die Lennestraße kam, ließ der Fahrgast ihn halten, stieg aus und hielt dem Chausseur mit den Worten: „Geld heraus oder ich schieße!“ eine Pistole vor. Der Chausseur schlug die Waffe aber hoch. Aus Anlaß der jungen Mann in die Viktorialstraße hinein und konnte auch von dem Chausseur, der sogleich hinterher fuhr, nicht mehr eingeholt werden.

## Sport.

### Eishockeymeisterchaften.

Bei gutem Besuch fand am Montag im Sportpalast der Kampf um die deutsche Meisterschaft zwischen dem Berliner Schlittschuh-Club (B.S.C.) und dem Sportklub Charlottenburg (S.C.C.), die sich für den Endkampf qualifiziert hatten, statt. Die Charlottenburger, die am Sonntag S.G. Mieseritz mit 4:1 schlagen konnten, mußten gestern eine harte Niederlage einstecken. Roland und Holboer (S.C.C.) plänzten wie immer und schoßen bis zur Halbzeit fünfmal ins gegnerische Tor. Mit 7:0 gewann schließlich der B.S.C. und errang dadurch die deutsche Meisterschaft im Eishockey. Nachher fand noch ein Kombinationspiel zwischen dem B.S.C. und der Münchener Mannschaft, verstärkt durch den Kanadier Watson, statt.

### Brandenburgische Bogmeisterschaften.

Im Saalbau Friedrichsbain fanden am Montag die Endkämpfe um die Brandenburgische Meisterschaft im Bogen statt. Die mangelhafte Organisation muß auf das schärfste gerügt werden. Die Kämpfe gingen sämtlich über 2 Runden zu 3 und 1 Runde zu 4 Minuten. Im Fliegen gewicht schlug der fünfte Jiglaroff R. R. W. Friedländer II Raccali in der 2. Runde P. D. Im Pantamgewicht siegte Leinz V. S. C. nach der 2. Runde gegen Hopp R. R. W. der wegen Bruch des Mittelhandgelenks ausgeben mußte. Im Federgewicht blieb Volkmar (Keros) über Altner (Zeutonia) nach Punkten siegreich. Rals (Zeut) schlug Stöhr (Keros) im Leichtgewicht gleichfalls nach Punkten. Im Weltengewicht triumphierte der schlagstarke und kräftig stark verbesserte Kildale über Wilsch (Wesien) hoch nach Punkten. Im Mittelgewicht kämpften Fraich und Buchbaum (beide Raccali), Buchbaum siegte knapp nach Punkten. Einen interessanten Kampf lieferte sich Panne, Welker im Halbfliegengewicht und Sanger (Grelau), Sanger vor Panne überlegen und hätte einen knappen Punktsieg verdient. Togeorn erklärten die Punktrichter Panne zum Sieger, was ein obenbedeutendes Pfeifkonzert hervorrief. Der Schwergewichtler Wegener (Wesien) punktierte Ziewert (Keros) aus und blieb überlegener Sieger.

